

Verändert der Flüchtlingsansturm Deutschland?

Wolfgang Gerstenberger*

Derzeit strömen Hunderttausende von Flüchtlingen nach Deutschland. Die Aufnahmekapazität Deutschlands ist jedoch begrenzt. Nach Aussage des Bundespräsidenten muss nur noch verhandelt werden, wo die Grenze liegt. Für AfD, die CSU und Teile der CDU ist die Grenze schon jetzt erreicht. Es wird die Schließung der Grenzen gefordert. Aus Sicht des rechtskonservativen Spektrums¹ würden Migranten und Flüchtlinge in der aktuellen Stärke auf Dauer das deutsche Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstören. Das noch vorhandene Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Regierung und Parlament schwindet. Kommunen werden in die Zahlungsunfähigkeit getrieben und die Deutschen werden langfristig auf ihrem Territorium zur Minderheit – so das Szenario.

Ein Blick auf die Zahlen hilft, den Realitätsgehalt dieses Szenarios einzuschätzen. Ende 2014 betrug die Bevölkerung Deutschlands 81,2 Mill. Menschen, davon waren 7,5 Mill. oder 9,3 % nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (Ausländer). Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Wohnbevölkerung seit 1990. Der Bevölkerungsstand zwischen Jahresanfang und Jahresende kann sich verändern je nach Höhe des Saldos zwischen Geburten und Sterbefällen während des Jahres und dem Saldo zwischen Zuzügen und Fortzügen von Ausländern (Wanderungssaldo). In den letzten 25 Jahren konnte der Netto-Zustrom an Ausländern² die Schrumpfungstendenz aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht immer ausgleichen. Seit 2011 wächst die Bevölkerung wanderungsbedingt aber wieder deutlich. Gegenüber 2011 ist der Anteil der Ausländer um 1,4 Prozentpunkte gestiegen.

Wellenbewegung in den Wanderungssalden

Die Frage ist, worauf die in der Abbildung 1 deutlich erkennbare Wellenbewegung in den Wanderungssalden zurückzuführen ist. Hierzu kann eine Analyse der Wanderungssalden nach Ländergruppen Hinweise geben. Unterschieden wird dabei zwischen den in Tabelle 1 dargestellten Ländergruppen.

Die Ländergruppen fassen Länder mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Wanderungen zusammen. In den EU-Ländern herrscht grundsätzlich freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes. Beschränkungen gibt es nur hinsichtlich des Zugangs zu den Sozialsystemen.³ Da der Integrationsgrad der EU-Länder u. a. von der Dauer der Zugehörigkeit abhängt, werden die Länder, die im Zuge der Osterweiterung zur EU gestoßen sind, als separate Gruppe betrachtet. Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und Amerika, Australien erfordern Visa und Arbeitserlaubnis. Zuzüge aus Ländern des restlichen Europas unterliegen ebenfalls in der Regel der Visumpflicht und einer Arbeitserlaubnis. Aus dieser Ländergruppe kommen auch Asylbewerber. Das Gros der Flüchtlinge und Asylbewerber kommt jedoch aus Asien und Afrika. Diese Menschen suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg in Deutschland nach Artikel 16a des Grundgesetzes oder auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, welcher Deutschland zusammen mit mehr als 140 anderen Staaten beigetreten ist. Die Aufnahmepflicht für Kriegsflüchtlinge begründet der in der Konvention verankerte subsidiäre Schutz.

Asylbewerber werden als Wanderungsfälle gezählt.⁴ Insbesondere der Wanderungssaldo mit Asien und Afrika wird merklich durch die Kriege in Nahost beeinflusst. Wie sich die Wanderungssalden mit diesen Ländergruppen seit 2007 entwickelt haben, zeigt Abbildung 2.

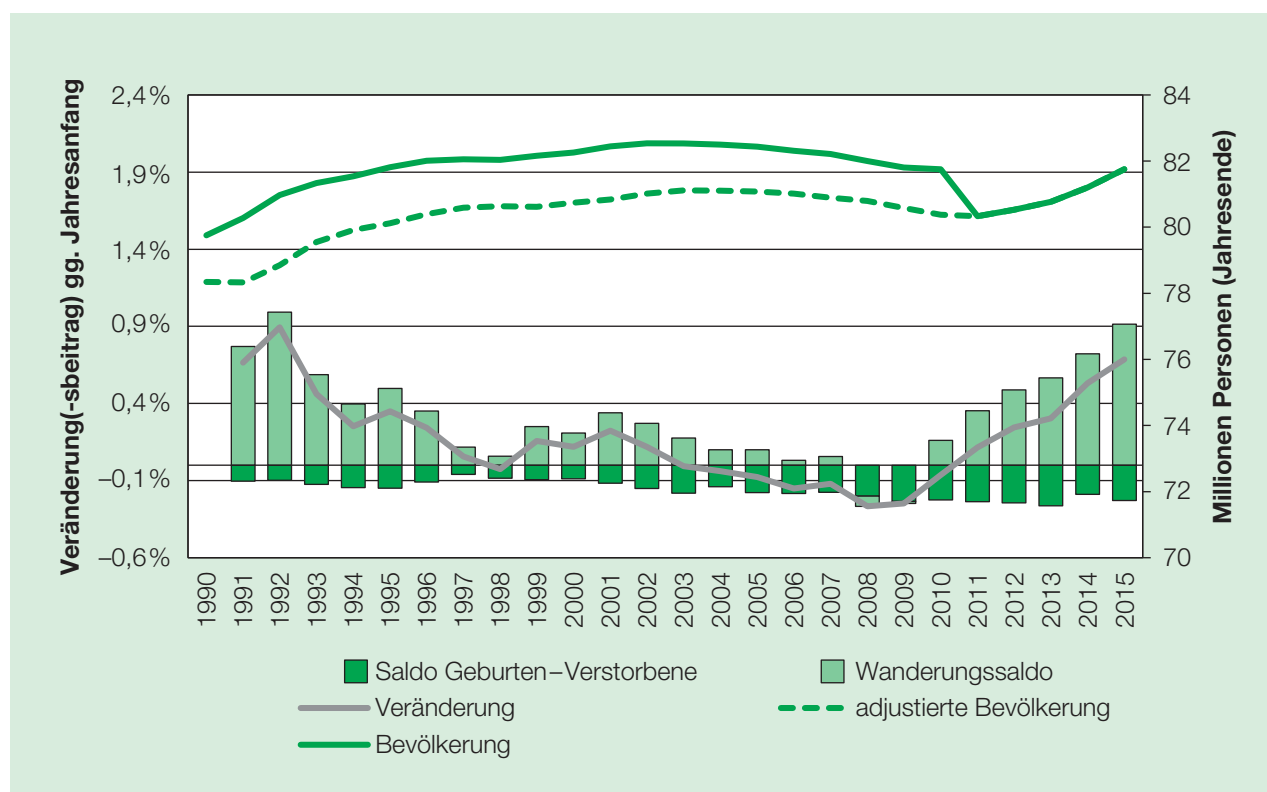
Die Angaben für 2014 und 2015 beruhen auf Schätzungen.⁵ Die Schätzung der Zuwanderungen aus Asien und Afrika stützt sich auf die Entwicklung der Zahl der Asylanträge.⁶

Interessant ist, dass die deutliche Zunahme der Wanderungsgewinne Deutschlands nach 2009 in erster Linie auf wachsende Zuzüge aus den EU-Ländern zurückzuführen ist. Dabei hat sich auch der Wanderungssaldo mit den „alten“ EU-Ländern erhöht. Mehr Zuwanderung per saldo hat es vor allem aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal gegeben. Hier wirkt sich die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung aus. In den Südländern der EU ist ab 2009 die Arbeitslosigkeit im Gefolge der Finanzkrise stark angestiegen. In Deutschland ist sie im Trend rückläufig gewesen. Derartige Unterschiede in den Arbeitsmärkten führen bei freier Wahl des Arbeitsplatzes stets zu Wanderungen.

Die EU-Mitglieder nach der Osterweiterung (Neue EU-Länder) genießen die Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt und sind großteils dem Schengen-Abkommen beigetreten. Bulgarien, Rumänien und Kroatien wenden

* Wolfgang Gerstenberger leitete von 2000 bis 2004 die Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Im ifo Institut war er in verschiedenen Funktionen seit 1968 tätig. Er engagiert sich derzeit im Verein „Miteinander in Kirchheim“ für Offenheit und Respekt gegenüber Fremden.

Abbildung 1: Bevölkerung Deutschlands und Faktoren der Veränderung



Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesis, eigene Berechnungen und Darstellung.

Tabelle 1: Einteilung der Ländergruppen

Ländergruppe	Dazugehörige Länder
Alte EU-Länder	Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich
Neue EU-Länder	Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik,
nach Osterweiterung	Ungarn, Zypern
Rest Europa	Restliche Länder Europas
Asien, Afrika, Staatenlose	Länder in Nahost und Fernost, in Afrika
Amerika, Australien	Länder aus Nord-, Mittel- und Südamerika, Australien, Ozeanien, Neuseeland

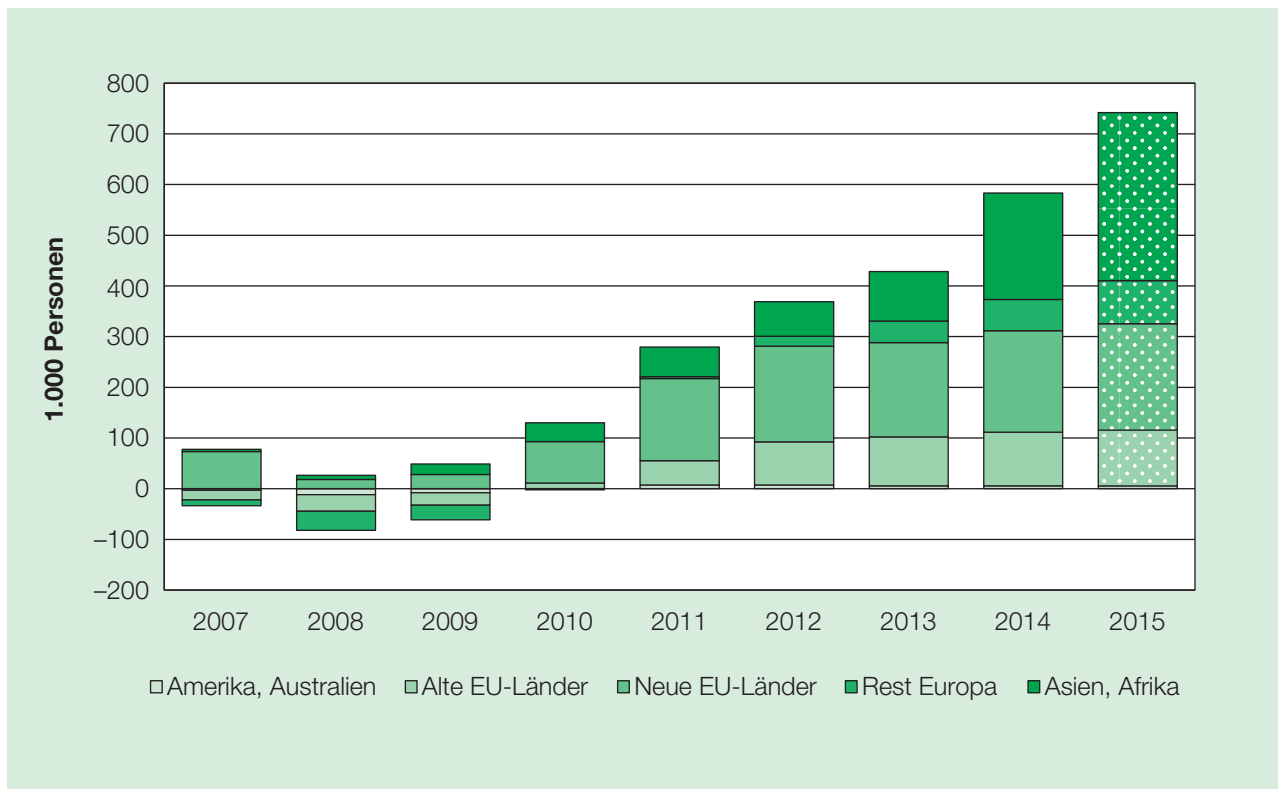
Quellen: Eigene Darstellung.

den Schengen Acquis nur teilweise an.⁷ Die bestehenden deutlichen Unterschiede im Lohnniveau und in der Arbeitslosigkeit zwischen Deutschland und diesen Ländern haben nach 2009 zu kräftig wachsenden Wanderungsgewinnen für Deutschland geführt. Die höchsten Wanderungssalden sind mit Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien zu verzeichnen. Ohne die zugewanderten Arbeitskräfte aus diesen Ländern könnte das Niveau der medizinischen Versorgung, der Altenpflege sowie der Bauproduktion in Deutschland

kaum aufrecht gehalten werden. Der Anstieg der Wanderungssalden hat sich in den letzten drei Jahren bereits verlangsamt. In einigen Ländern aus dieser Gruppe ist dank deren günstigerer Wirtschaftsentwicklung der Höhepunkt in den Wanderungssalden bereits überschritten.

Die Netto-Zuwanderung nach Deutschland aus den zum Teil durch Kriege geplagten Ländern im übrigen Europa und in Afrika und Asien hat erst in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Im laufenden Jahr dürf-

Abbildung 2: Wanderungssalden mit dem Ausland nach Ländergruppen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesis, eigene Berechnungen, 2014 und 2015 geschätzt.

te der Wanderungssaldo mit Afrika und Asien angesichts der Entwicklung der Asylanträge ähnlich groß ausfallen wie mit den neuen EU-Ländern. Insgesamt ist die Netto-Zuwanderung nach Deutschland in den letzten zwei Jahren ähnlich hoch wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre.

Wie könnte es weitergehen?

Es grassieren Horrorszenarien. In den kommenden Jahren sei nicht mit einem Abnehmen des Migrantenstroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen. Deutschland werde von drei Migrantenströmen, nämlich aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern, „überrollt“. Befürchtet wird sogar, dass die Deutschen durch die hochbrandende Zuwanderungswelle in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land werden könnten. Es gehe daher um den Charakter des Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung, um seine politische Kultur und um die Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land.⁸

Welchen Realitätsgehalt haben diese Horrorszenarien? Um dieser Frage nachzugehen, muss ein Blick in die Zukunft gewagt werden. Diese ist bekanntlich unsicher und kommt mitunter anders als gedacht. Um diesem

Sachverhalt Rechnung zu tragen, wird mit alternativen Szenarien mit unterschiedlichen Prämissen und Annahmen gearbeitet. Selbst bei stark abweichenden Annahmen ist jedoch nicht garantiert, dass die tatsächliche Entwicklung innerhalb des durch die Szenarien abgesteckten Feldes der Entwicklungsmöglichkeiten liegt.

Methodisch wird dabei an den bisherigen Zuzügen nach Deutschland differenziert nach Ländergruppen angeknüpft. Diese werden mit alternativen Annahmen bis 2020 fortgeschrieben. Aus der Summe der Zuzüge nach Ländergruppen wird dann das zugehörige Gesamtniveau der Fortzüge aus Deutschland abgeleitet. Dabei wird berücksichtigt, dass höhere Zuzüge in einem Jahr mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren auch höhere Fortzüge nach sich ziehen⁹ und damit der Nettoeffekt auf Dauer geringer ist.

Für die verschiedenen Ländergruppen werden die in Tabelle 2 zusammengestellten Annahmen in zwei Szenarien für den Zuzug nach Deutschland für die verschiedenen Ländergruppen getroffen. Quantifiziert man diese Annahmen für jede Ländergruppe, so zeichnet sich für die Bruttogröße der Zuzüge nach Deutschland die in Abbildung 3 dargestellte Entwicklung bis 2020 ab.

Die Zahl der Zuzüge (brutto) bewegte sich in den zehn Jahren vor 2007 zwischen 680.000 und 820.000. In beiden Szenarien ergibt sich nach 2007 ein Anstieg.

Tabelle 2: Szenarien für den Zuzug nach Deutschland für verschiedene Ländergruppen

Ländergruppe	Szenario 1	Szenario 2
Amerika, Australien	Entwicklung wie in den letzten 5 Jahren.	Entwicklung wie in den letzten 5 Jahren.
Alte EU-Länder	Die Zuzüge ebbten 2016 ab und nehmen danach im Gefolge des Aufschwungs in Spanien und im reformierten Italien deutlich ab.	Die Zuzüge nehmen 2016 noch zu und ebbten erst 2017 ab. Weil der Arbeitsmarkt sich in den Südländern nur langsam erholt, ist der Rückgang danach weniger ausgeprägt als in Szenario 1.
Neue EU-Länder	Aufgrund der Besserung in ihrer Wirtschaftssituation überschreiten weitere neue EU-Länder den Zenit in der Abwanderung nach Deutschland bzw. verringern das Abwanderungstempo. Die Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien nehmen unvermindert zu.	Die Überschreitung des Zenits erfolgt später. Langsamere Verringerung des Abwanderungstempos. Die Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien nehmen unvermindert zu.
Rest Europa	Restriktivere Einwanderungspolitik als in den letzten 5 Jahren, nachlassender Zuwanderungsdruck.	Restriktivere Einwanderungspolitik als in den letzten 5 Jahren, unverminderter Zuwanderungsdruck.
Afrika, Asien, Staatenlose	Afrika: weitere Zunahme der Zuzüge bei abgeschwächtem Trend.	Afrika: Fortsetzung des Trends der letzten Jahre.
	Nahost: Weitere, aber abgeschwächte Zunahme des Flüchtlingsstroms bis 2017, danach Abnahme wegen Abflauen der kriegerischen Auseinandersetzungen.	Nahost: höheres Ausgangsniveau 2015, Zunahme des Flüchtlingsstroms in nur langsam abgeschwächten Tempo wegen Fortsetzung der Kriege/Bürgerkriege bis 2019, dann geringe Abnahme.
	Die Abschwächungstendenz resultiert aus dem politisch angelegten intensiveren Schutz der EU-Außengrenzen.	Intensiverer Schutz der EU-Außengrenzen weniger wirksam.

Quelle: Eigene Darstellung.

Während in Szenario 1 die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland im Jahr 2017 mit rd. 1,8 Mill. Personen einen Höhepunkt erreicht und danach zurückgeht, bliebe die Zahl der Zuzüge in Szenario 2 auch nach 2017 bei einer Größenordnung von 2 Mill. Personen. In Szenario 1 fallen die Zuzüge aus den anderen Ländern Europas und aus Asien bis 2020 wieder auf das 2014 erreichte Niveau zurück. In Szenario 2 bliebe die Zahl der Zuzüge aus diesen Regionen (darunter viele Asylsuchende) bei rund einer Million.

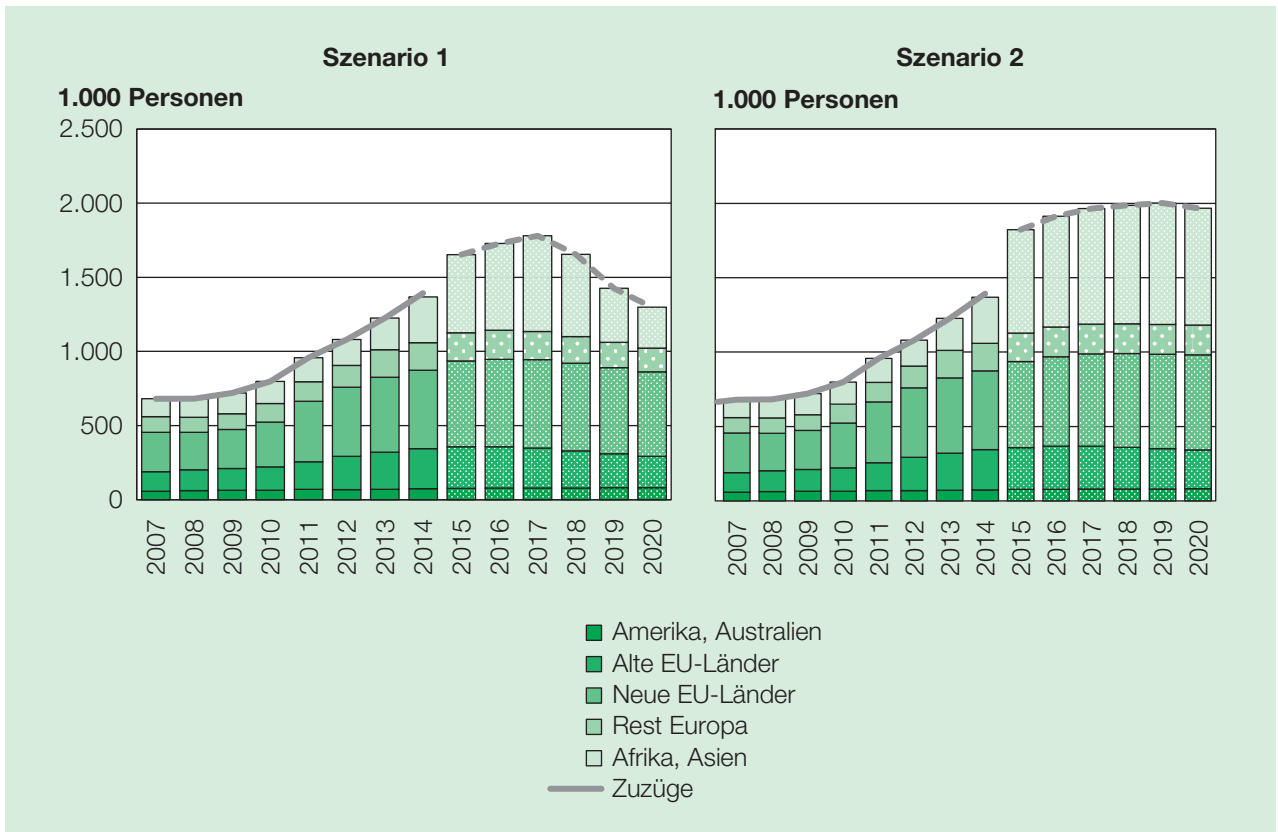
Welche Entwicklung sich in Szenario 1 aus der Zahl der Zuzüge insgesamt für die Zahl der Fortzüge aus Deutschland ins Ausland ableiten lässt, zeigt Abbildung 4. Dargestellt ist auch die Entwicklung des Wanderungssaldos. Dieser ist die für die Veränderung der Bevölkerung entscheidende Größe. In Szenario 1 erreicht der Wande-

rungssaldo 2016 und 2017 ein ähnlich hohes Niveau wie Anfang der 1990er Jahre. Danach würde er unter das Niveau von 2014 sinken.

In Szenario 2 blieben sowohl die Zahl der Zuzüge nach als auch die Zahl der Fortzüge aus Deutschland auf hohem Niveau (vgl. Abb. 5). Der Wanderungssaldo in Szenario 2 würde nach 2017 nur wenig abnehmen und bliebe in einer Größenordnung von 850.000 Personen. Per saldo würden zwischen 2015 und 2020 fast 1,5 Mill. Personen mehr nach Deutschland zuwandern als in Szenario 1.

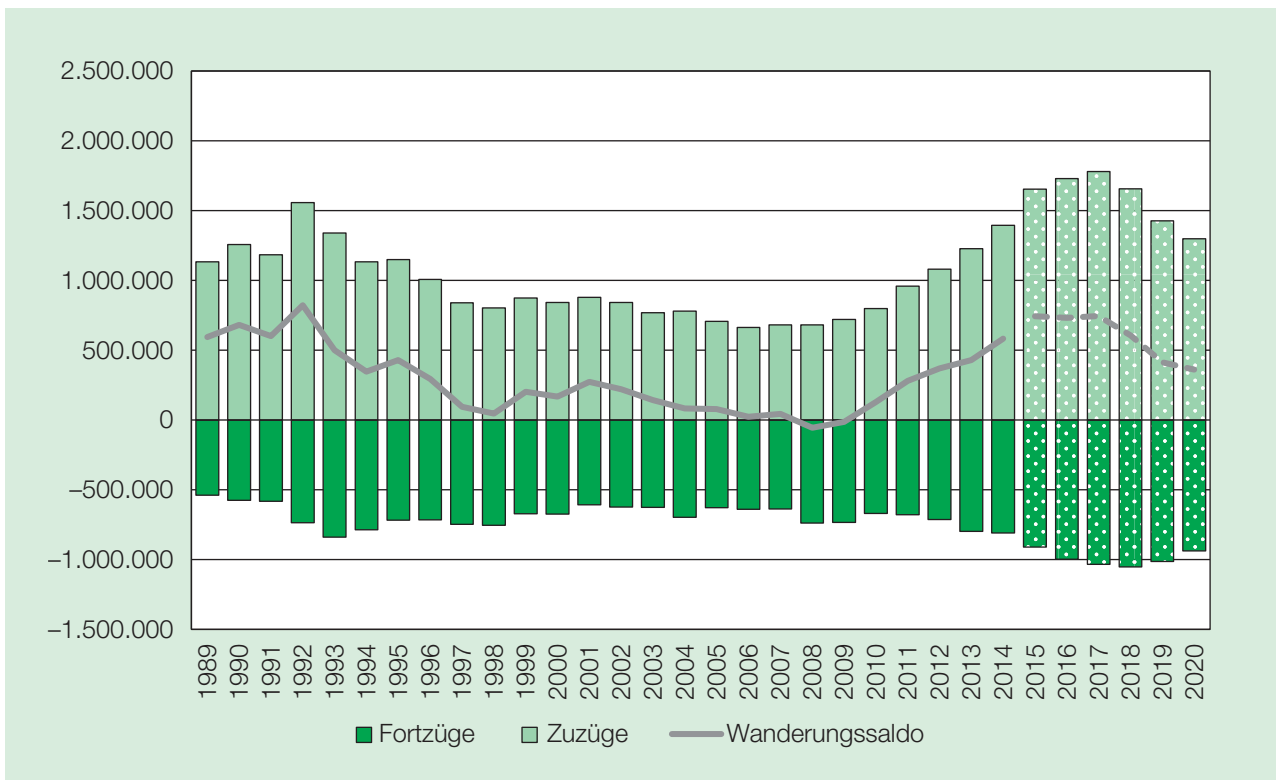
Unterstellt man, dass in den nächsten Jahren die Zahl der Verstorbenen in Deutschland in ähnlichem Umfang die Zahl der lebend Geborenen überwiegen wird wie in den letzten fünf Jahren (vgl. Abb. 1), so errechnen sich aus den skizzierten Szenarien für die Wanderung die in

Abbildung 3: Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland



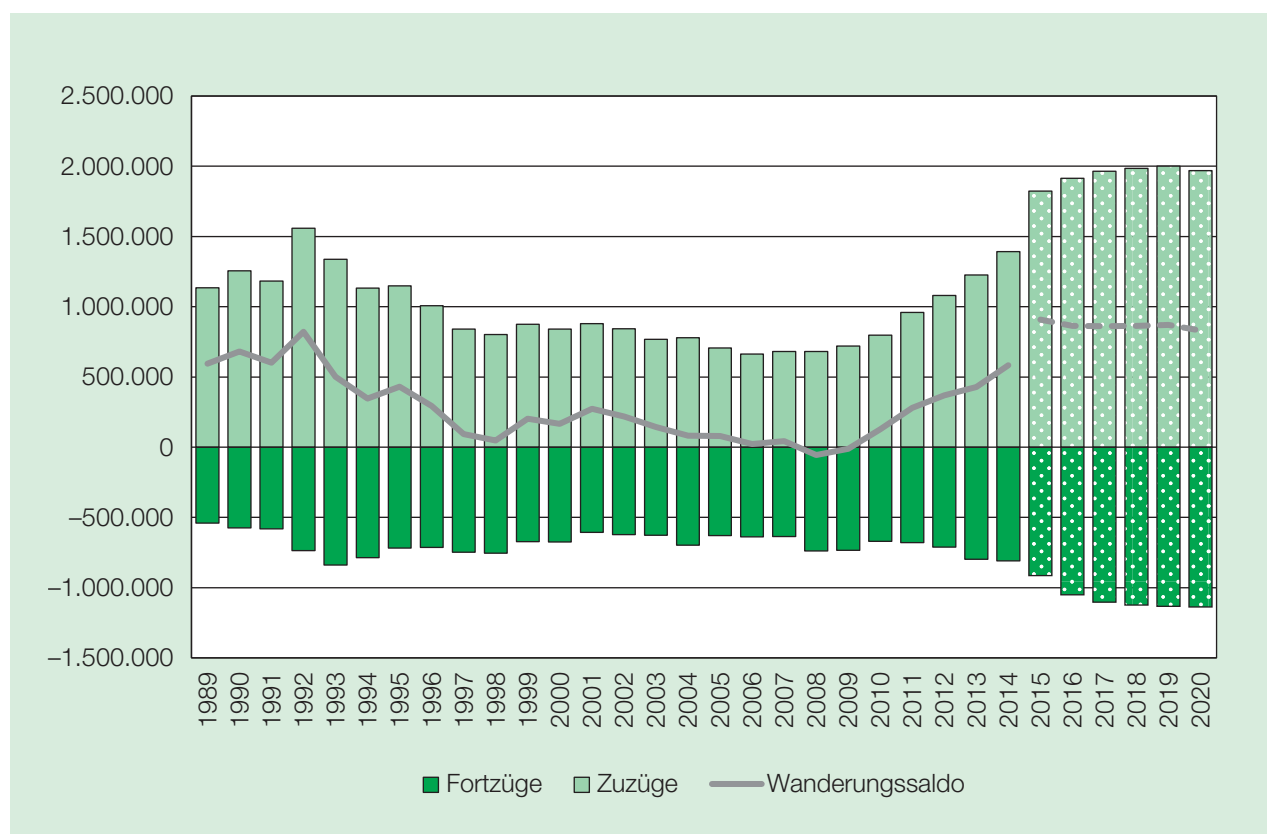
Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik, eigene Berechnungen, Quantifizierungen und Darstellung.

Abbildung 4: Zu- und Fortzüge insgesamt von Ausländern (Szenario 1)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik, eigene Berechnungen, Schätzungen und Darstellung.

Abbildung 5: Zu- und Fortzüge insgesamt von Ausländern (Szenario 2)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik, eigene Berechnungen, Schätzungen und Darstellung.

Abbildung 6 dargestellten Alternativen für die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland. Die Zeitreihe für die Vergangenheit enthält 2011 einen Sprung: Die Bevölkerungszahl, welche die Volkszählung 2011 (Zensus) ergab, liegt deutlich niedriger als die fortgeschriebene Zahl für 2010.

Wie die Abbildung 6 zeigt, steigt in beiden Szenarien die Bevölkerung in Deutschland bis Ende 2020 deutlich an. Die schon in den letzten Jahren zu beachtende Tendenz, dass auch in Deutschland die Bevölkerung wächst, wird sich also verfestigen. In Szenario 1 werden 2,4 Mill. Menschen mehr in Deutschland wohnen als Anfang 2015, in Szenario 2 beträgt der Zuwachs 3,9 Mill. Menschen und damit 1,5 Mill. Personen mehr.

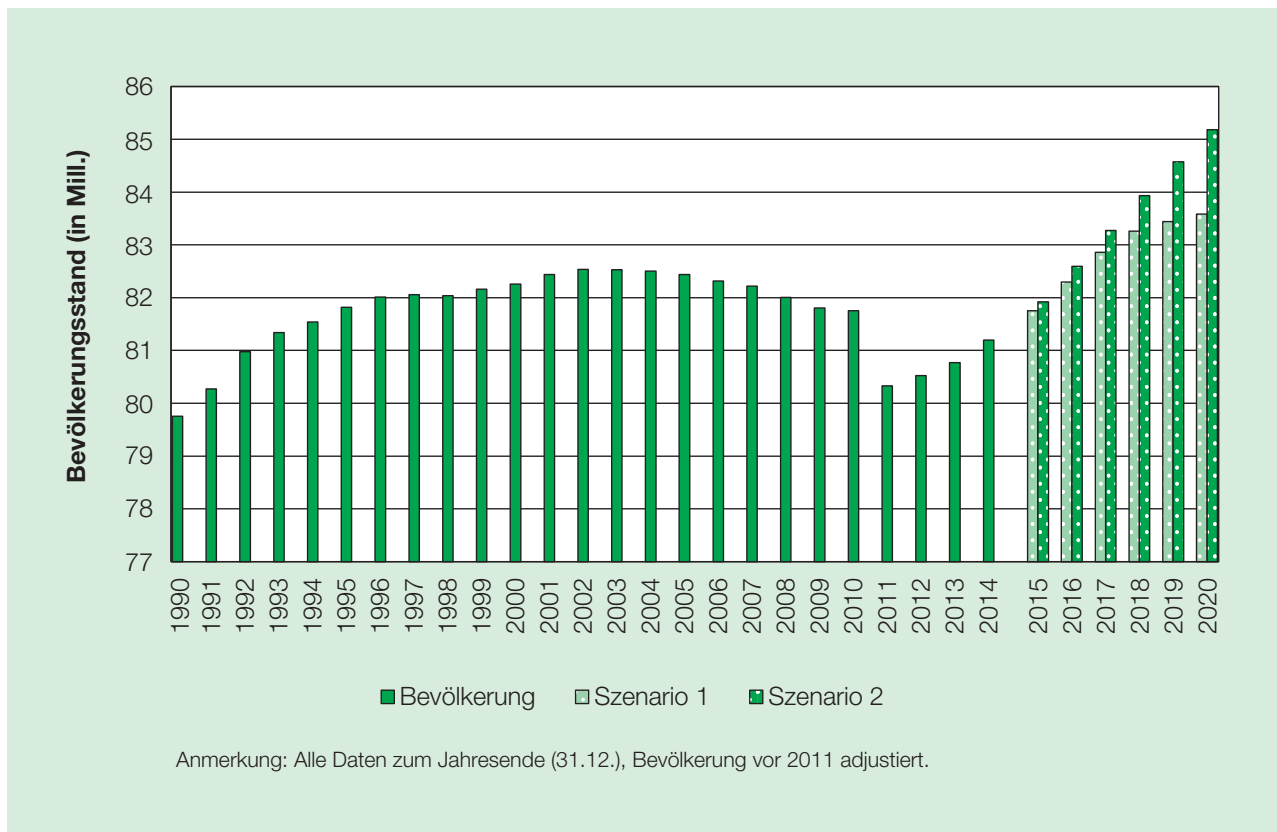
Dieser Bevölkerungszuwachs eröffnet einerseits Chancen: Die deutsche Wirtschaft kann bei entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen die absehbaren Probleme aus dem Nachwuchs- und Facharbeitermangel lösen. Die Alterssicherungssysteme könnten bei erfolgreicher Integration der Zuwanderer in den deutschen Arbeitsmarkt besser finanziert werden.¹⁰ Auf der anderen Seite beinhaltet der kräftige Zuzug aber auch Risiken: Die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung könnte überfordert werden, insbesondere dann,

wenn das Wohnraumproblem kurz- bis mittelfristig nicht gelöst wird oder die Zuwanderung mittel- bis langfristig zur Bildung von Gettos führt.

Wenn alle Zuzüge sich an einem Ort konzentrieren würden, dann hätte in Szenario 1 Deutschland 2020 eine neue Stadt so groß wie Berlin. In Szenario 2 käme noch ein zweites München obendrauf. Klar ist, dass eine derartige Konzentration weder realisierbar noch sinnvoll wäre. Gesellschaftlich verträglicher wird der Zustrom umso eher sein, je besser es gelingt, ihn regional auf möglichst viele Städte und Gemeinden zu verteilen. Vor allem die neuen Bundesländer, aber auch einzelne Regionen in Westdeutschland könnten den Zustrom nutzen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen oder umzukehren, da dort die höchsten Wohnungsleerstände existieren.

Klar ist auch, dass ein derartiger Bevölkerungszuwachs eine große Herausforderung für die Bildungseinrichtungen, den Wohnungsmarkt und auch den Arbeitsmarkt bedeutet. Vieles muss und wird sich in Deutschland ändern. Das Personal in den Bildungseinrichtungen muss aufgestockt werden, die Hilfen durch Ehrenamtliche müssen dauerhaft organisiert werden. Der Wohnungsbau wird eine Renaissance erleben. Es gibt im vorhandenen Wohnungsbestand zugleich Wohnraumangel in den Ballungszonen.

Abbildung 6: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen, Vorausschätzungen und Darstellung.

tren und viel Wohnraum für meist ältere Einzelpersonen. Sozialverträgliche Lösungen müssen gesucht werden, welche die Passfähigkeit in der Wohnraumversorgung verbessern. Einer Gettoisierung muss entgegengewirkt werden. Eine gute Wirtschaftspolitik muss für einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften sorgen. Die Mindestlohnregelungen müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.¹¹

Von einer Situation, in der die Deutschen und die eingebürgerten Migranten in die Minderheit geraten und fremde Kulturen dominieren, wird Deutschland jedoch auch noch im Jahr 2020 weit entfernt sein. Bis 2020 wird der Ausländeranteil zwar steigen, aber selbst in Szenario 2 wird er noch unter 15 % liegen (vgl. Tab. 3).

Nach Angaben der OECD (Data, Foreign Population) hatten bereits 2013 eine Reihe von Ländern Anteile von Ausländern an der Gesamtbevölkerung von über 10 %. Dazu zählen in Europa Spanien, Belgien und Österreich. Ausländeranteile von 15 % und mehr hatten Estland, die Schweiz und Luxemburg. Es existieren keine Anhaltspunkte, dass durch die hohen Ausländeranteile der Charakter der Länder, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung sowie die politische Kultur massiv verändert worden wären. Sie haben offenbar erfolgreich integriert.

Können die Deutschen in eine Minderheitsposition geraten?

Nun kann eingewandt werden, dass der Anteil von Ausländern den Einfluss von Menschen mit ausländischer Herkunft auf Deutschland unterzeichnet, da die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit auch viele Personen umfasst, die bereits früher nach Deutschland eingewandert sind. Diese Deutschen mit Migrationshintergrund hatten zuletzt einen Anteil von 11 % bis 13 % an der deutschen Bevölkerung (vgl. Abb. 7). Als Deutsche mit Migrationshintergrund werden all die Bürger, deren Kinder und Enkelkinder gezählt, welche die deutsche Staatsbürgerschaft haben und nach 1955 aus dem Ausland zugewandert sind.¹²

Die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund weist in den letzten zehn Jahren einen ansteigenden Trend auf. Wird dieser Trend fortgeschrieben, so werden 2020 von den Deutschen rund zehn Millionen Personen einen Migrationshintergrund haben.

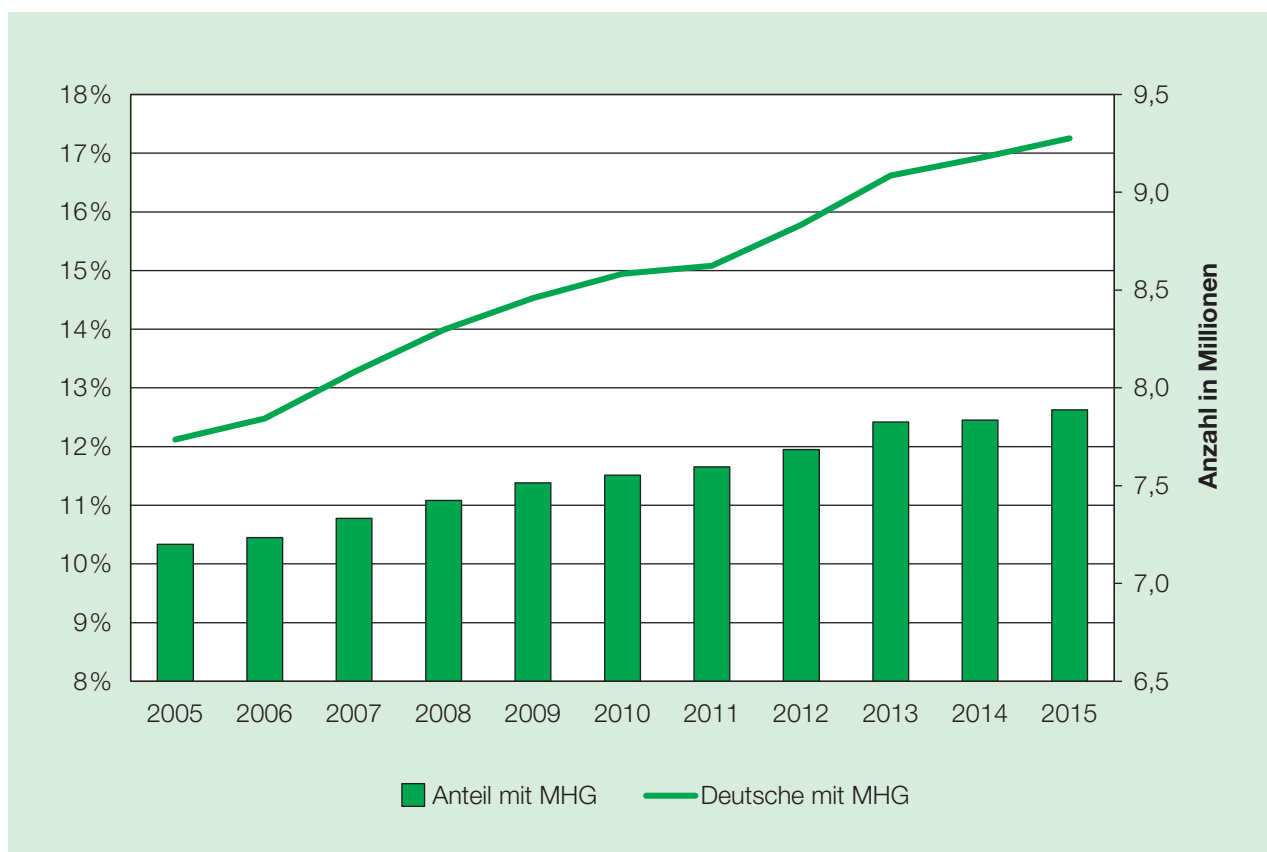
In Szenario 1 hätte aber auch dann weniger als ein Viertel (24 %) der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund. In Szenario 2 sind es 26 % (vgl. dazu auch den Beitrag von Jan Kluge auf S. 3 ff. in diesem

Tabelle 3: Entwicklung des Anteils der Ausländer in Deutschland

Jahresende	Bevölkerung	Statistik	Szenario 1	Szenario 2
	Anzahl in Millionen	Anteil der Ausländer		
1990	79,8	7,0%		
2000	82,3	8,8%		
2010	81,8	8,8%		
2011	80,3	7,9%		
2014	81,2	9,3%		
2020	83,6–85,1		12,9%	14,9%

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen, Vorausschätzungen und Darstellung.

Abbildung 7: Deutsche mit Migrationshintergrund (MHG) und ihr Anteil an den Deutschen insgesamt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Bevölkerung nach Migrationsstatus, eigene Berechnungen und Darstellung.

Heft).¹³ Also auch unter Beachtung der früher zugezogenen Ausländer mit deutscher Staatsbürgerschaft sind die „Deutschen“ noch lange nicht in der Minderheit. Angesichts der Tatsache, dass es auch vor 1955 Zuwanderung gab, stellt sich ohnehin die Frage, nach wieviel Jahren man eigentlich „deutsch“ wird.¹⁴

Kann es in einzelnen Regionen zur deutschen Minderheit kommen?

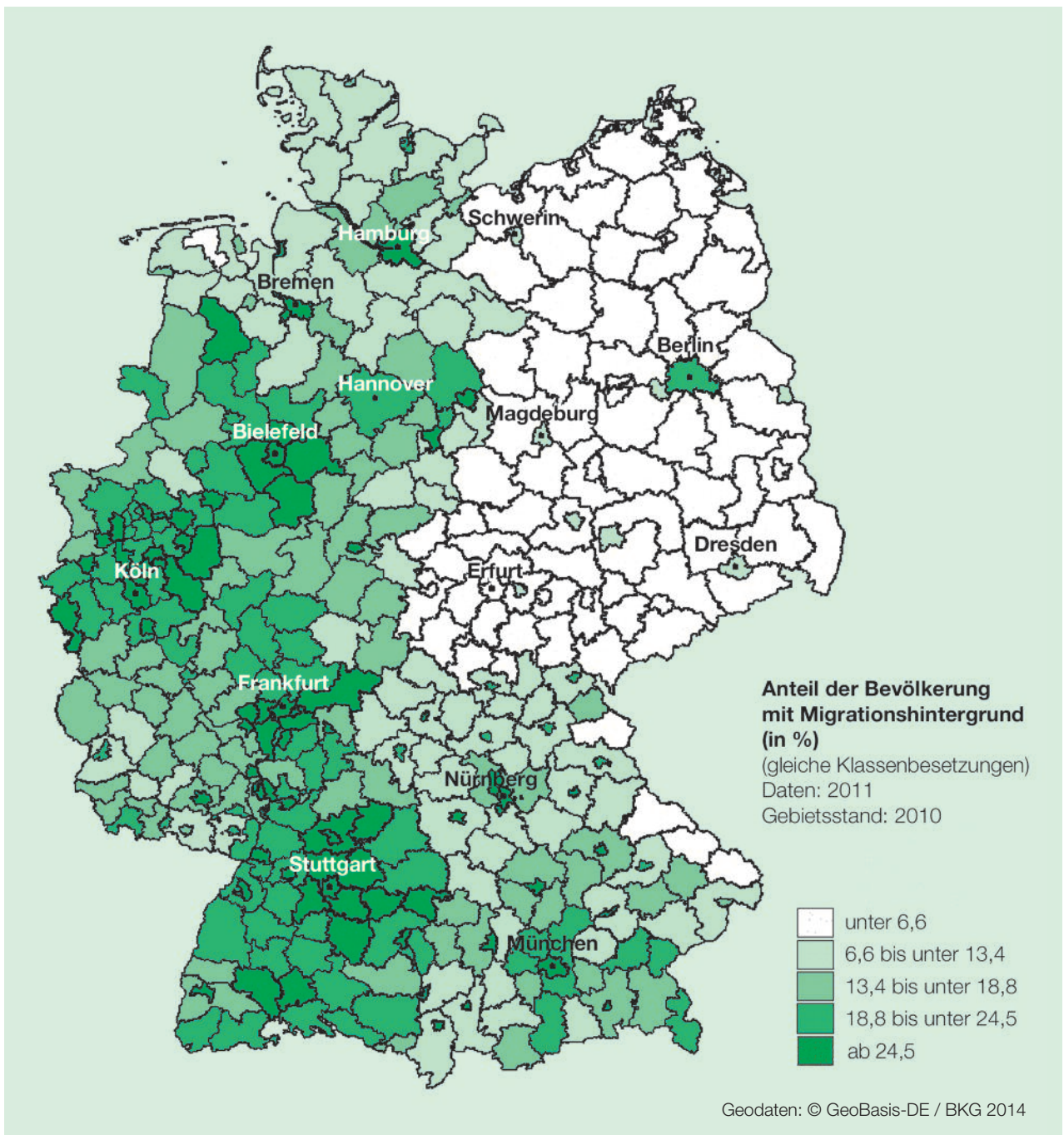
Die dargestellte Situation für Deutschland insgesamt schließt nicht aus, dass es auf der Ebene der Städte und Landkreise durch die Zuwanderung bis 2020 dazu kommt,

dass die Deutschen ohne Migrationshintergrund zur Minderheit werden. Um diese Möglichkeit zu bewerten, ist ein Blick auf die regionale Verteilung der Einwohner mit Migrationshintergrund notwendig (vgl. Abb. 8).

Im Jahr des Zensus 2011 lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Ausländer und Deutsche, die aus dem Ausland zugewandert sind, sowie deren Nachkommen) bei 19,2% (7,6% Ausländer und 11,6% Deutsche mit Migrationshintergrund). Die meisten Städte

und Landkreise mit der höchsten Dichte an Bürgern mit Migrationshintergrund (mehr als 24,5%) liegen in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern dominieren dagegen Städte und Landkreise mit der niedrigsten Dichte (kleiner oder gleich 6,6%). Nur Dresden, Frankfurt(Oder), Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Schwerin, Halle (Saale) und Weimar haben eine Dichte zwischen 6,6% und 13,4%. Berlin fällt in die Gruppe mit einem Anteil von 18,8% bis 24,5%.

Abbildung 8: Anteile der Bürger mit Migrationshintergrund nach Städten und Landkreisen im Jahr 2011



Quellen: Statistisches Bundesamt, Zensusdatenbank, eigene Darstellung.

Die Neigung von Zuwanderern sich dort anzusiedeln, wo bereits Menschen gleicher Herkunft wohnen, könnte dazu führen, dass in den Städten und Landkreisen, die schon bisher einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund haben, die Deutschen in die Minderheit geraten. Wie groß diese Gefahr ist, lässt sich beurteilen, wenn untersucht wird, welche Anteile Personen mit Migrationshintergrund in den regionalen Einheiten mit dem stärksten Fremdenanteil erreicht haben. Der Zensus 2011 liefert hierzu Daten. Die in Abbildung 9 ausgewählten 50 Städte und Landkreise haben den höchsten Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung. Dargestellt wird dabei auch, welche Bedeutung die Personen haben, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber nach 1955 zugewandert sind. Hierzu zählen auch die Nachkommen dieser Migranten, egal ob nur ein Elternteil oder beide Elternteile aus dem Ausland zugewandert sind (Deutsche mit Migrationshintergrund). Mit Ausnahme von Berlin liegen die Städte und Landkreise alle in den alten Bundesländern. In Abbildung 9 sind Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern mit einem * gekennzeichnet.

Im Durchschnitt Deutschlands würde der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber dem Stand von 2011 in Szenario 1 um fünf Prozentpunkte und in Szenario 2 um sieben Prozentpunkte zunehmen (vgl. Tab. 3). Wenn sich der Zuwachs an Bevölkerung gleichmäßig auf alle Städte und Landkreise verteilen würde, kämen damit die Deutschen ohne Migrationshintergrund in Offenbach am Main, Pforzheim, Heilbronn und Frankfurt am Main in eine Minderheitsposition. Falls sich die Zuwanderung aus dem Ausland überproportional auf die Städte und Landkreise mit einem hohen Anteil an Migranten verteilen würde, so bestünde für weitere Regionen dieses Risiko.

Ein Kippen der Mehrheiten auf der Ebene der Städte und Landkreise kann am ehesten vermieden werden, wenn die zu erwartenden Zuzüge an Ausländern/-innen weniger in den Regionen angesiedelt werden, die schon 2011 einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund hatten. Die Rahmenbedingungen müssten politisch so gesetzt werden, dass sich die Zuwanderer/-innen der aktuellen Welle stärker in Regionen mit derzeit niedrigem Bevölkerungsanteil von Migranten ansiedeln. Diese Regionen liegen vor allem in den neuen Bundesländern (vgl. Abb. 8).

Für eine Strategie der bevorzugten Ansiedlung in den neuen Bundesländern spricht, dass

- mehr als ein Drittel des gesamtdeutschen Wohnungsleerstandes auf die neuen Bundesländer entfällt,
- die Kosten der Anpassung der vorhandenen Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen) an die geschrumpfte Bevölkerung der neuen Länder vermieden werden könnten,

- einer Verknappung der Arbeitskräfte für die ostdeutsche Wirtschaft durch den Alterungsprozess entgegengewirkt werden könnte,
- die Ausländer mit ihren Talenten auch Innovationsimpulse setzen würden.

Dagegen spricht, dass

- die personellen Engpässe stärker auf dem Arbeitsmarkt in Westdeutschland auftreten,
- die Verdienstmöglichkeiten in den alten Bundesländern besser sind,
- die Ausländer sich kaum an Orten mit Menschen gleicher Herkunft ansiedeln könnten,
- die Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern stärker ausgeprägt ist.

Die Umsetzung dieser Strategie wäre also eine Herausforderung. Wie groß sie ist, zeigt sich, wenn die damit verbundenen Änderungen in der Bevölkerung der neuen Bundesländer herausgearbeitet werden.

Wie könnte die Zuwanderung sich auf die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern auswirken?

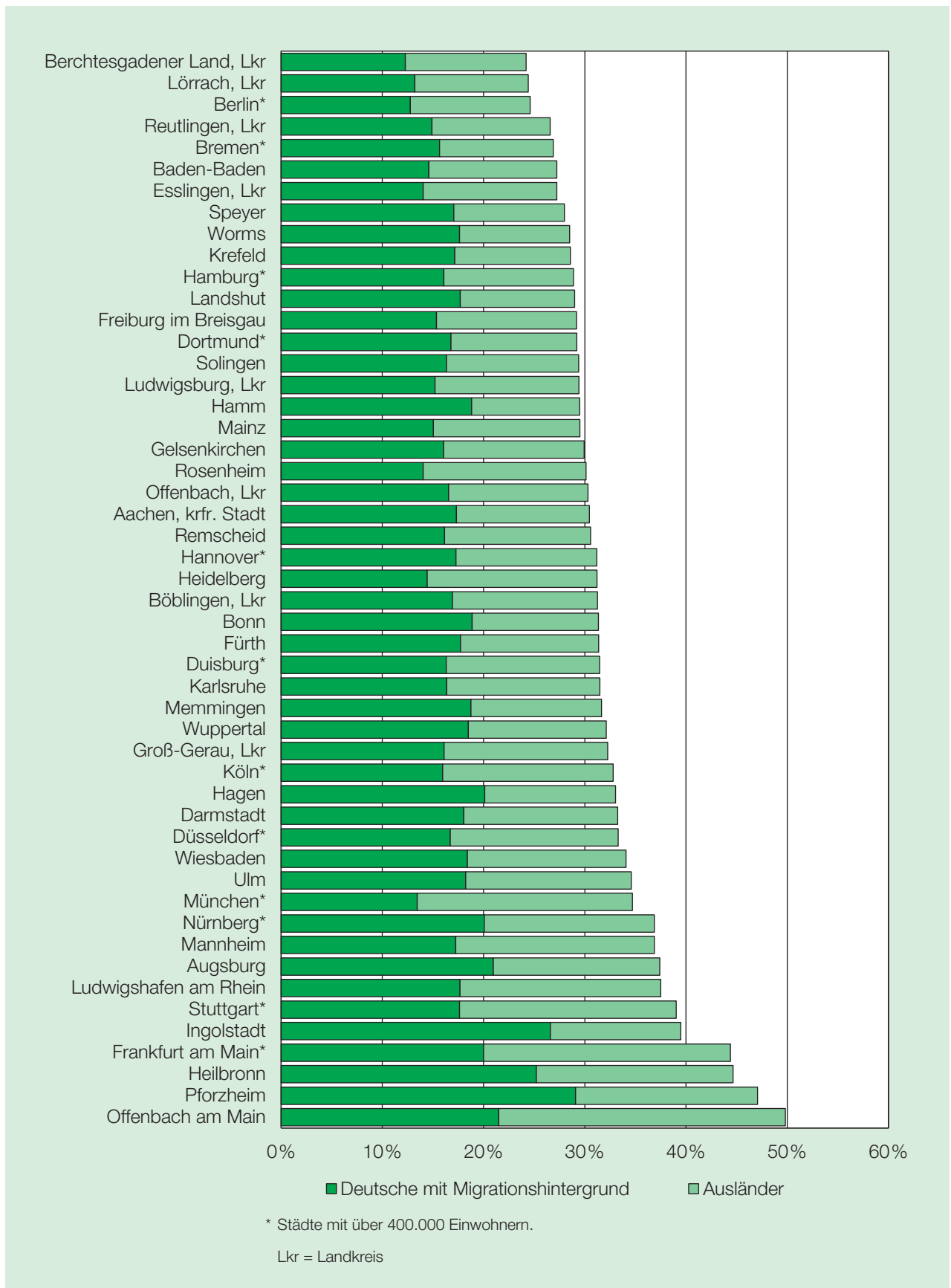
Um dieser Frage nachzugehen, müssen Annahmen getroffen werden, wie sich die Wanderungsgewinne von Deutschland auf die alten und neuen Bundesländer verteilen. Verschiedene Schlüssel (Rechengrößen) für die Verteilung des Bevölkerungszuwachses in Deutschland zwischen 2011 und 2020 sind vorstellbar:

- Anteil der neuen Bundesländer an
 - der Zahl der Ausländer sowie Deutschen mit Migrationshintergrund (Migranten),
 - der Zahl der Arbeitsplätze, gemessen anhand der sozialversicherungspflichtig (SV-) Beschäftigten,
 - der Bevölkerung,
 - dem Wohnungsbestand,
 - dem Wohnungsleerstand

in Deutschland. Die Verteilung nach dem Anteil an den Migranten steht dabei für die Beibehaltung des Status quo und würde keine Änderung der Aufteilung zugunsten der Städte und Landkreise mit niedrigem Migrantenanteil bedeuten. Tabelle 4 zeigt, welche Konsequenzen die alternativen Schlüssel für den Bevölkerungszuwachs in Deutschland auf die Bevölkerung der neuen Länder hätten. Die berechneten Zuwächse gehen dabei von Vergleichsdaten für 2011 aus. Damals hatten die neuen Bundesländer eine Bevölkerung von 15,9 Mill. Einwohnern und einen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von 8,2%.

Selbst wenn als Schlüssel nur der Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verwendet würde, ergäben sich große Veränderungen für die neuen Bun-

Abbildung 9: Anteil der Ausländer in ausgewählten Städten und Landkreisen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Bevölkerung nach Migrationsstatus, eigene Berechnungen und Darstellung.

Tabelle 4: Potenzielle Folgen des Bevölkerungszuwachses bis 2020 für die neuen Bundesländer

Verteilungsschlüssel (aktueller Anteil der neuen Länder)	Neue Bundesländer			
	Zuwachs 2012 bis 2020 (in Mill. Personen)		Anteil der Personen mit Migrationshintergrund	
Verteilung des Bevölkerungszuwachs in Deutschland nach dem Anteil an den	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 1	Szenario 2
Migranten 2014 (9,1 %)	0,1	0,2	10,6 %	11,6 %
SV-Beschäftigten 2014 (18,7 %)	1,1	1,4	15,9 %	18,0 %
Bevölkerung 2014 (19,7 %)	1,2	1,6	16,6 %	18,4 %
Wohnungsbestand 2011 (21,7 %)	1,4	1,8	17,6 %	19,5 %
Wohnungsleerstand 2011 (34,4 %)	2,8	3,4	23,6 %	26,2 %

Anmerkung: In der Tabelle sind die absoluten Veränderungen seit 2011 angegeben. Die Prozentzahlen sind ebenfalls auf das Ausgangsniveau 2011 (15,9 Mill.) bezogen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesis- und Zensusdatenbank für die Ausgangsdaten, eigene Berechnungen und Darstellung auf der Basis von Tabelle 3.

desländer. In neun Jahren würde die Bevölkerung in Szenario 1 um 1,5 Prozentpunkte (10,6 % bis 9,1 %), in Szenario 2 um 2,5 Prozentpunkte (11,6 % bis 9,1 %) gegenüber dem Stand 2011 zunehmen. Im Extremfall, der Aufteilung nach dem Wohnungsleerstand, lauten die entsprechenden Wachstumsraten 17,6 % und 21,7 %. Bis Jahresende 2014 ist die ostdeutsche Bevölkerung seit 2011 nur um 0,5 % gewachsen. Zugenommen hat nur die Zahl der Ausländer (von 578.000 auf 855.000).

In den Szenarien wurde unterstellt, dass es per saldo nicht zu Wanderungen von Deutschen zwischen Ost- und Westdeutschland kommt. Da in den Szenarien das Bevölkerungswachstum in Deutschland insgesamt die Zuwanderung von Ausländern reflektiert, bedeutet dies, dass auch die Zunahme der Bevölkerung in den neuen Bundesländern durch Ausländer bewirkt wird. Dementsprechend stark würde sich der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland erhöhen (vgl. Tab. 4). In Szenario 2 würde eine Karte für das Jahr 2020 mit den Anteilen von Personen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland ähnlich aussehen wie 2011 in Westdeutschland (vgl. Abb. 8). Für Ostdeutsche mit wenig Erfahrung mit Ausländern mag diese Perspektive ein Horrorszenario sein. Aber kann eine Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund Horror sein, die 2011 in Westdeutschland realisiert war und mit der die Bürger friedlich und gut gelebt haben?

Welche Herausforderungen hinter diesen Zahlen stehen, wird plastischer, wenn die Bevölkerungszuwächse über die Einwohnerzahl ostdeutscher Städte umgerechnet werden (vgl. Tab. 5).

Angesichts der Probleme bei der Schaffung von Arbeitsplätzen wie bei der Nutzung von leerstehenden Räumen in Ostdeutschland ist wahrscheinlich, dass allenfalls ein Bevölkerungszuwachs realisiert werden kann, der unter dem Zuwachs beim Schlüssel der SV-Beschäftigten liegt. Selbst ein derartiges Ziel würde ohne gravierende Veränderungen in den von der Regionalpolitik gegenwärtig gesetzten Rahmenbedingungen kaum erreichbar sein. Die Förderung der Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben in Ostdeutschland müsste eventuell wieder aufgenommen, das Tempo der Abschmelzung der Mittel aus dem Solidarpakt gedrosselt und dieser aufgestockt werden. Gefragt wären auch neue Instrumente. Angelehnt an das umweltpolitische Instrumentarium könnten handelbare Aufnahmepflichten eingeführt werden. Jede Gemeinde bekäme in Analogie zum Königsteiner Schlüssel eine verpflichtende Zahl an aufzunehmenden Asylbewerbern zugewiesen. Gemeinden, die diesen Zustrom an Flüchtlingen nicht wollen, könnten sich auf dem Markt der handelbaren Aufnahmepflichten gegen Zahlungen an andere Gemeinden davon befreien.¹⁵

Wenn es zutrifft, dass die Voreingenommenheit gegenüber Fremden abnimmt, wenn die Deutschen ohne

Tabelle 5: Umrechnung der Bevölkerungszuwächse in Städte

Schlüssel (Rechengröße)	Bevölkerungszuwachs in den neuen Bundesländern entspricht der Einwohnerzahl der Städte (Stand: Ende 2014)	
	Szenario 1	Szenario 2
Migranten 2014 (9,1 %)	Cottbus	Rostock
SV-Beschäftigten 2014 (18,7 %)	Dresden + Leipzig	Dresden + Leipzig + Chemnitz + Weimar
Bevölkerung 2014 (19,7 %)	Dresden + Leipzig + Jena	Dresden + Leipzig + Chemnitz + Halle (Saale) + Wismar
Wohnungsbestand 2011 (21,7 %)	Dresden + Leipzig + Chemnitz + Cottbus	Dresden + Leipzig + Chemnitz + Halle (Saale) + Magdeburg + Stralsund
Wohnungsleerstand 2011 (34,4 %)	5 * Leipzig + Erfurt	6 * Leipzig + Rostock + Potsdam

Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesisdatenbank für die Ausgangsdaten (Einwohner der Städte Ende 2014), eigene Berechnungen und Darstellung auf der Basis von Tabelle 4.

Migrationshintergrund im Alltag und am Arbeitsplatz mehr Erfahrungen mit Ausländern sammeln, dann könnte der Anstieg des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mittel- und langfristig auch zu einem Abbau der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern führen.

Fazit und Folgerungen

Die aktuelle Flüchtlingswelle kommt „on Top“ einer seit fünf Jahren anhaltenden Welle von Zuwanderern aus den EU-Ländern, die durch das Gefälle in der Lage der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt zwischen Deutschland und den südlichen EU-Ländern sowie zwischen Deutschland und den Ländern aus der EU-Osterweiterung in Gang gesetzt worden ist. Zusammen genommen führt dies zu einer deutlichen Zunahme der Zahl der Ausländer in Deutschland und der Bevölkerung Deutschlands in den nächsten fünf Jahren.

Selbst wenn die Welle der EU-Binnenwanderung in den nächsten Jahren wegen der zu erwartenden Besserung der Wirtschaftslage in den Herkunftsländern nach 2016/2017 ausläuft, wird die Flüchtlingswelle die Wanderungsgewinne Deutschlands in ähnliche Höhen treiben wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre. Ob sich der positive Wanderungssaldo danach wie damals zurückbildet, hängt

davon ab, wann die kriegerischen Auseinandersetzungen in Nahost und in anderen Regionen beendet werden können und diese Fluchtursachen entfallen. Gelänge dies schon 2016/2017, so dürfte sich die Wanderungssalden danach wieder normalisieren. Gelingt dies erst 2018/2019, so ist für die nächsten fünf Jahre mit Netto-Zuwanderung von annähernd einer Million Menschen pro Jahr zu rechnen.

In den nächsten Jahren wird in Deutschland weiter die Zahl der Geburten die Sterbefälle nicht ausgleichen können. Dank des Netto-Zustroms von Ausländer/-innen wird sich trotzdem die seit fünf Jahren zu beobachtende Wachstumstendenz der Bevölkerung in Deutschland verfestigen. Von 81,2 Mill. Menschen Ende 2014 wird die Bevölkerung bis Ende 2020 in Szenario 1 auf 83,6 Mill., in Szenario 2 auf 85,2 Mill. Menschen anwachsen. Ein derart kräftiges Bevölkerungswachstum war zuletzt in Deutschland Anfang der 1990er Jahre zu verzeichnen. Damals kamen die Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten und die Flüchtlinge aus den Balkankriegen.

Ein derartig kräftiger Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung aus dem Ausland stellt eine große Herausforderung für die Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, den Wohnungsmarkt und den Arbeitsmarkt dar.

Vieles muss und wird sich in Deutschland ändern. Aber auch 2020 werden die Deutschen ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt des Landes noch weit davon entfernt sein, in die Minderheit zu geraten. Die Befürchtung, dass durch den Zustrom an Ausländern sich der Charakter, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung sowie die politische Kultur des Landes massiv verändern könnten, ist mittelfristig nicht gerechtfertigt.

Auf der regionalen Ebene liegen die Verhältnisse z. T. anders. Die Tendenz bei Zuwanderern sich dort anzusiedeln, wo bereits Menschen gleicher Herkunft wohnen, könnte dazu führen, dass in den Städten und Landkreisen, die schon bisher einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund haben, die Deutschen in die Minderheit geraten. Vor allem im Szenario 2 mit der anhaltend hohen Zuwanderung können die Einwohner mit Migrationshintergrund (Ausländer und Deutsche, die früher zugewandert sind) bis zum Jahr 2020 in einigen Kommunen in Westdeutschland die Mehrheit bekommen. Die Gefahr, dass es angesichts des hohen Zustroms zur Bildung von Gettos kommt, könnte demnach zunehmen.

Gesellschaftlich verträglicher wird der Zustrom umso eher sein, je besser es gelingt, ihn regional auf möglichst viele Städte und Gemeinden zu verteilen. Die neuen Bundesländer könnten den Zustrom nutzen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen oder umzukehren. Dort sind die höchsten Wohnungsleerstände. Die Kosten der Anpassung der vorhandenen Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen) an die geschrumpfte Bevölkerung in ostdeutschen Kommunen könnten vermieden werden.

2011 dominierten in den neuen Bundesländern Städte und Landkreise mit niedrigen Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund an der Einwohnerschaft. Wenn unterstellt wird, dass sich die Zuwanderung bis 2020 entsprechend dem Anteil der Städte und Landkreise an den Arbeitsplätzen in Deutschland verteilt, dann würde die Bevölkerung in den neuen Ländern in einer Größenordnung zunehmen, die der aktuelle Bevölkerung der Städte Dresden und Leipzig (Szenario 1) entspricht. In Szenario 2 kämen noch Chemnitz und Weimar obendrauf.

In Deutschland insgesamt entspricht der Bevölkerungszuwachs der Zahl der Einwohner von Berlin (Szenario 1). In Szenario 2 wandert zusätzlich die Einwohnerschaft von München zu. Diese Dimensionen machen deutlich, dass der zu erwartende massive Zustrom von Ausländern bis 2020 einem Angebotsschock gleichkommt. Es wird wenig bleiben, wie es ist. Sozialverträglich wird diese Herausforderung nicht ohne gravierende Änderungen in der deutschen Finanz-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Regionalpolitik zu bewältigen sein. Auf den Prüfstand kommen müssen eine Reihe von Tabus der regierenden großen Koalition, die von „keine

Steuererhöhungen“ über die „schwarze Null“ bis zum Mindestlohn reichen. Auch die Wohnungsbau- und Wohnungsmarktpolitik sowie die Struktur und die Finanzierung des Ausbildungssystems müssen angepasst werden. Es gilt das regionalpolitische Anreizsystem einschließlich Ausgestaltung des Solidarpaktes zu überdenken und um geeignete Instrumente zu ergänzen, damit eine Konzentration der Zuwanderung auf Städte und Landkreise vermieden wird, die bereits einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben. Angelehnt an das umweltpolitische Instrumentarium könnten handelbare Aufnahmepflichten für die Städte und Landkreise eingeführt werden.

Literatur

- BATTISTI, M.; FELBERMAYR, G. und P. POUTVAARA (2015): Einwanderung: Welchen Nutzen hat die einheimische Bevölkerung?, ifo Schnelldienst 68 (18), 2015, S. 42–51.
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (Hrsg.) (2015): Aktuelle Zahlen zu Asyl, September 2015.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) (Hrsg.) (2015): Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- MEIER, V. (2015): Steuerung der Flüchtlingsströme durch Preise und Kapazitäten, ifo Schnelldienst 68 (18), 2015, S. 52–54.
- SINN, H.-W. (2015): Mindestlohn aufheben!, Handelsblatt, 20. 10. 2015, S. 15.

¹ Vgl. z. B. Gerd Schultze-Rhonhof: Eingabe und offener Brief an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, 18. 09. 2015 S. 1.

² Der Wanderungssaldo wird auch durch die Zu- und Fortzüge von Deutschen ins bzw. aus dem Ausland beeinflusst. Die Ausländer dominieren aber die Entwicklung.

³ Kroaten dürfen erst seit 01. 07. 2015 uneingeschränkt nach Deutschland zuwandern, Bulgaren und Rumänen erst seit einem Jahr.

⁴ Die Zu- und Fortzüge aus dem oder in das Ausland der Wanderungsstatistik beziehen sich auf Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und auf Deutsche. Die Wanderungsstatistik beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Die Erfassung eines Zu- bzw. Fortzugs ist nicht unmittelbar an eine Mindestaufenthaltsdauer geknüpft, sondern an die Registrierung durch die Meldebehörden nach den melderechtlichen Regelungen. Ausnahme von der Anmeldepflicht bei vorübergehendem Aufenthalt: Für Aufenthalte bis zu 6 Monate für Inländer mit Wohnsitz im Bundesgebiet und bis zu 2 Monaten für Personen mit Wohnsitz im Ausland. Wanderungsfälle von Asylbewerbern sind in der Statistik enthalten (entnommen aus: STATISTISCHES BUNDESAMT: Qualitätsbericht Wanderungsstatistik, September 2008).

⁵ Für 2014 liegen nur vorläufige amtliche Werte für die Zuzüge insgesamt als Eckdatum vor. Für 2015 gibt es nur Gesamtdaten für die ersten Monate des Jahres. Bei den europäischen Ländern und Amerika, Australien wurden Trends aus den Vorjahren modifiziert fortgeschrieben und für 2014 an die Eckdaten angepasst. Bei den Asylanträgen liegen Daten für 2015 nur bis September vor. Für den Rest des Jahres wurde mit zwei Varianten gerechnet. In Abbildung 2 ist das Ergebnis dargestellt, das die Fortschreibung der Veränderungsrate in den letzten Monaten gegenüber 2014 für das vierte Quartal ergibt.

⁶ Vgl. BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2015).

⁷ Bis zu der von diesen drei Ländern angestrebten vollständigen Anwendung des Schengen-Acquis bleiben die Personenkontrollen an den Binnengrenzen einstweilen noch bestehen.

⁸ Ausführlich siehe Gerd Schultze-Rhonhof: Eingabe und offener Brief an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, 18. 09. 2015, S. 1 und S. 3ff.

⁹ Diese Aussage bezieht sich auf den Durchschnitt aller Wanderungsfälle und stützt sich auf eine statistische Analyse der letzten 25 Jahre. In der Realität kommen auch Rückzüge im gleichen Jahr und nach 3 und mehr Jahren vor. Das Ergebnis reflektiert auch das Wanderungsverhalten bei den alten und neuen EU-Ländern. Die Verhältnisse bei den Asylbewerbern sind komplex. Die Fortzüge reflektieren auch die abgelehnten Asylbewerber. Auf der anderen Seite erwerben anerkannte Asylbewerber das Recht, Familienangehörige nach Deutschland zu holen. Alle diese Phänomene haben aber auch schon in den 1990er Jahren gewirkt und somit das Ergebnis für den Durchschnitt der Wanderungsfälle mitbestimmt.

¹⁰ Zu den Voraussetzungen vgl. BATTISTI et al. (2015).

¹¹ Vgl. SINN (2015).

¹² In der Erläuterungen des STATISTISCHEN BUNDESAMTES zur ausländische Bevölkerung heißt es: „Zu dieser Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle, die entweder selbst oder deren Eltern beziehungsweise Großeltern nach Deutschland zugewandert sind.“

¹³ Da in dieser Untersuchung von einer höheren Zuwanderungswelle bis 2020 ausgegangen wird als selbst in der Variante G1-L1-W2 der Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES, liegen diese Anteile über denen in dem Beitrag zu den „Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland“ [vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015)].

¹⁴ Im 19. Jahrhundert wanderten z.B. im Zuge der Industrialisierung des Ruhrgebiets zahlreiche Polen/-innen aus den polnischsprachigen Ostprovinzen des damaligen Deutschen Reiches zu.

¹⁵ Vgl. MEIER (2015).